

Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 2. Juni 2010 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen, zuletzt Resolution 1881 (2009) vom 30. Juli 2009 mit Geltung bis zum 31. Juli 2010, zu. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 15. August 2011.
2. Kräfte und Fähigkeiten für Lufttransport werden nicht mehr bereitgestellt. Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten wird deshalb von 250 auf 50 reduziert. Der Einsatz wird im Übrigen fortgesetzt ohne inhaltliche Änderungen und unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 7. November 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6941), dem der Deutsche Bundestag am 15. November 2007 zugestimmt hat, sowie der Verlängerungsbeschlüsse der Bundesregierung, denen der Deutsche Bundestag jeweils zugestimmt hat, zuletzt am 2. Juli 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13396).
3. Der Deutsche Bundestag nimmt die Zusicherung der Bundesregierung zur Kenntnis, den Deutschen Bundestag erneut zu befassen, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Mandat in einer Weise ändert, die für Einsatzrahmen und Aufgaben der eingesetzten deutschen Kräfte von Bedeutung sind.
4. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden – sofern nicht von den Vereinten Nationen getragen bzw. erstattet – aus dem Einzelplan 14 finanziert. Sie werden für die Dauer von zwölf Monaten und bei einem Einsatz von bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten rund 1,2 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2010 rund 0,8 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2011 rund 0,4 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2010 und im Finanzplan für das Jahr 2011 Vorsorge getroffen.

Begründung

Die Lage in Darfur bleibt angespannt. Immer wieder aufflammende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie eine zunehmende Bedrohung durch bewaffnete Banditen belasten die ohnehin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Darfur. Eine dauerhafte politische Lösung des Darfur-Konflikts steht weiterhin aus. Die Verhandlungen unter VN/AU-Chefvermittler Bassolé in Katar haben ein neues Momentum geschaffen, die Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und wichtigen Rebellengruppen bleiben jedoch brüchig.

Die Bundesregierung engagiert sich vor diesem Hintergrund umfassend für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Darfur-Konflikts. Dies erfolgt in Abstimmung mit ihren europäischen und internationalen Partnern.

Die Bundesregierung wird ihr ziviles Engagement im Sudan insgesamt weiter ausbauen. Dabei soll auch der Verbesserung der humanitären Lage in Darfur und der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte besondere Aufmerksamkeit zukommen. Art und Umfang des deutschen Engagements sind dabei eng mit den internationalen Partnern abzustimmen.

Gemäß interfraktionellem Antrag vom 24. März 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1158) haben der Ressortkreis und der Beirat „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ den Sudan zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gemacht.

Das humanitäre Engagement Deutschlands soll insbesondere die Situation der Flüchtlinge und lokalen Bevölkerung in den Konfliktgebieten verbessern. Die Hilfe für die vom Darfur-Konflikt betroffene Bevölkerung in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge im benachbarten Tschad zählt nach wie vor zu den Schwerpunkten der humanitären und entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe der Bundesregierung. Deren Leistungen beliefen sich im Sudan und im Tschad für 2009 auf rund 24 Mio. Euro, zu einem erheblichen Teil zugunsten der Hilfe in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge im Tschad. Für 2010 sind Hilfen in annähernd gleicher Größenordnung geplant.

Die Bundesregierung hat auch einen Beitrag zu dem von den Vereinten Nationen verwalteten „Darfur Community Peace und Stability Fund“ geleistet. Die Mittel dieses Fonds werden für lokale Entwicklungs- und Wiederaufbauprojekte eingesetzt mit dem Ziel, den Friedensprozess zu flankieren. Das Auswärtige Amt fördert seit 2008 auch einen unabhängigen Radiosender, der aus Darfur über aktuelle Entwicklungen und Ereignisse vor Ort berichtet.

Auch UNAMID bleibt bis auf Weiteres als stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 30. Juli 2009 mit Resolution 1881 (2009) das UNAMID-Mandat inhaltlich unverändert bis zum 31. Juli 2010 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung wird gerechnet.

Aufgabe von UNAMID ist es insbesondere, die unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführten Friedensverhandlungen zu unterstützen. Nach Kapitel VII der VN-Charta ist UNAMID autorisiert, zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer, zur Förderung einer schnellen und effektiven Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens, zur Verhinderung von Störungen seiner Umsetzung und bewaffneten Angriffen sowie – unbeschadet der Verantwortung der sudanesischen Regierung – zum Schutze von Zivilisten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies kann auch die Anwendung von Gewalt einschließen.

UNAMID trägt im Rahmen des Möglichen durch verstärkte Patrouillentätigkeiten und die Präsenz in den Flüchtlingslagern zu einer Verbesserung der humanitären Lage bei. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur ist indes nur dann zu rechnen, wenn der politische Prozess in Darfur auch tragfähige und nachhaltige Erfolge erzielt. Hierzu ist insbesondere auch erforderlich, dass sich die Lage der Bevölkerung durch kurz- und mittelfristige Entwicklungsperspektiven entspannt.

Der Aufwuchs der Mission ging lange Zeit nur langsam voran, inzwischen sind aber von den vom VN-Sicherheitsrat für UNAMID autorisierten circa 26 000 Soldaten und Polizisten rund 22 000 im Einsatz (Stand 30. April 2010).

Die deutsche Beteiligung an UNAMID ist ein wichtiges Zeichen, insbesondere an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, dass Deutschland das internationale Engagement in Darfur unterstützt. Die deutschen Soldaten stellen für die Mission wichtige Fähigkeiten bereit: So war ein Soldat als Planer für Luftumschlag und Lufttransport eingesetzt. Acht Soldaten sind derzeit in der Personal-, Logistik- und Operationsabteilung eingesetzt und unterstützen damit unmittelbar Aufwuchs und Auftragsdurchführung von UNAMID.

Es ist hingegen nicht absehbar, dass UNAMID von Deutschland eine Unterstützung mit Lufttransport nachfragen wird. Deshalb sollen die hierauf entfallenden Kräfte und Fähigkeiten nicht erneut mandatiert werden. Die Obergrenze der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten wird dementsprechend von 250 auf 50 abgesenkt. Dies bedeutet keine Verringerung des deutschen Engagements für UNAMID, sondern passt das Bundestagsmandat lediglich an die tatsächlichen Gegebenheiten an.

Neben der Beteiligung mit Soldatinnen und Soldaten verrichten auch deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte ihren Dienst bei der Mission, derzeit sind es drei. Das Technische Hilfswerk unterstützt mit acht Mitarbeitern an drei Standorten in Darfur humanitäre Helfer bei ihrer Arbeit mit technischen Dienstleistungen.

Zusätzlich zum deutschen militärischen und polizeilichen Beitrag zu UNAMID fördert die Bundesregierung Projekte zur Unterstützung der Arbeit von UNAMID.

So unterstützt die Bundesregierung gezielt afrikanische Staaten, die Polizeikräfte bei UNAMID stellen, um zur Schließung der weiterhin vorhandenen Lücken bei gut ausgerüsteten und ausgebildeten Polizeieinheiten beizutragen und die afrikanischen Fähigkeiten zur Durchführung von Friedensmissionen zu stärken. So hat das Auswärtige Amt beispielsweise eine senegalesische Polizeieinheit für den Einsatz bei UNAMID ausgestattet (Volumen der Leistungen: ca. 4,1 Mio. Euro). Die Unterstützung weiterer afrikanischer Polizeieinheiten ist geplant. Das Auswärtige Amt setzt auch die Vorbereitung afrikanischer Polizisten am „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ in Accra fort (Volumen: ca. 500 000 Euro). Auch die Ausbildung im Sudan für afrikanische Polizisten wird fortentwickelt: Das Auswärtige Amt unterstützt dabei insbesondere gezielt die Fortbildung von UNAMID-Polizistinnen und -Polizisten bei der Bekämpfung sexueller Gewalt.

